

habe, Geld spiele in der Welt doch auch eine Rolle, so erinnere er ihn daran, daß es nicht die glorreiche Zeit eines alten Volkes gewesen sei, als es um das goldene Kalb tanzte. — Abg. Kiefer: Trotz des verlegenden Tones der Rede Schulze's will ich nur sachlich antworten. Ich begnüge mich mit den Verdienften, welche das badiſche Volk durch meine Wahl an mich anerkannt hat. Ich habe nur gegen Löwe polemifirt, weil er im Namen des deutſchen Volkes zu ſprechen behauptete. Es mag weite Volkskreiſe geben, welche ſeine Anſicht theilen; aber es giebt namentlich außerhalb Preußens andere große Volkskreiſe, die hinabreichen bis tief in die Hütte des armen Tagelöhners, in denen man ihm nicht zuſtimmt. In meiner Heimath ſind die Opponenten gegen dies Geſez, die Merikalen und die Candidaten der Berliner Fortſchrittspartei (Ruſe links: Deutſche Fortſchrittspartei) überall durchgefallen. Mögen Sie hier reden, was Sie wollen, den Maſſen gegenüber werden Sie einen ſchweren Standpunkt haben. Sie haben kein Recht zu verdrängigen, wenn wir dem Volksinſtinct Ausdruck geben (Widerspruch). Ich mache Niemanden Vorwurf der Moyalität; ich habe nur Dinge ausgeſprochen, welche die Spagen von den Dächern pfeifen. Beifall rechts; Abg. E. Richter: Nur auf der Rechten) Für mich ſind 20,000 badiſche Wähler eingetreten; die verlangen nicht eine Politik der kleinlichen Kritik, ſondern der großen Entſchlüſſe. — Abg. Löwe: Ich habe mich vor jeder kleinlichen Parteipolemik geſtellt, und Niemand, der für das Geſez ſtimmt, der Seruilität oder niedrigen Gefinnung beſchuldigt. (Sehr richtig.) Ich habe nur ausgeführt, daß eine Gelb-bewilligung nicht der richtige Weg ſei, Männern, deren Verdienſte auch wir freudig anerkennen, zu danken. Der Abg. Kiefer entſtellt mir die Worte im Munde. Ich weiß nicht, ob er nach 1866 andere Segel aufgezogen hat; wir haben lange vor 1866, als das Cabinet Bismarck unfere Partei auf ſchlimme Unterdrückung, dennoch ſeine Kaiſerpolitik, mit Feſſeln an Händen und Füßen, vertheidigt. Mir iſt nichts widerlicher, als in einem Augenblick, in dem wir einem der ſchönſten, nationalen Feſttage entgegengehen, in eine kleinliche Klopffechterei verwickelt zu werden; ich habe wahrlich Niemand angeſagt oder verdrängt, und ich weiß nicht, weshalb Herr Kiefer das behauptet. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Laſter: Mit tiefftem Bedauern habe ich den Verlauf der Debatte verfolgt; denn was hat die Abſicht, den verdienten Männern des letzten Krieges ein äußeres Zeichen der Anerkennung zu geben, mit dem Streite der Parteien zu thun? Ich habe überhaupt während der ganzen Dauer der Session aufs Aeupſtlichſte jeden Partei-zwiſt zu vermeiden geſucht, damit uns das Ausland nicht beſchuldige, daß wir ſofort nach beendetem äußeren Kampfe in inneren Hader geriethen, und ich darf ſagen, daß ebenſo meine Freunde, gleichviel ob ſie hier in meiner Nähe oder weiter nach links ſißen, einen anderen Streit geſucht haben, als den ehrenwerthen Streit der Meinungen. (Sehr richtig! links.) Gehen wir am letzten Tage nicht davon ab! Was ſind wir und unfere Perſonen gegen die höh-nende Frage des Auslandes: Nur im Kampfe iſt Deutſchland einig, im Frieden aber liegt es im ewigen Kampfe? Ich habe geſchwankt, wie Einer, ob ich für Dotationen ſtimmen ſolle oder nicht; nach langem, ſorgfätem Erwägen habe ich es für beſſer gehalten, zuzustimmen, daß wir in dieſer Weiſe unſeren Dank ausſprechen, als mich Denen anzukließen, welche aus ſehr vernünftigen und achtungswerthen Gründen opponiren. Ich achte die Gefühle dieſer Männer, welche trotz ihres Stolzes auf unfere nationalen Erfolge dennoch wegen ihrer prinzipiellen Grundſätze der Vorlage ihre Zuſtimmung verſagen, ſehr hoch, aber ich, der ich dem Erwerbe nicht energisch nachſtrebe, vermag wohl den hohen Werth dieſes ſorgenfreien Ehrenplatzes, den wir unſeren verdienten Führern gewähren wollen.

zu versagen. Das Eine aber müssen wir Alle wünschen, daß die Worte, die wir heute hören, vergessen werden, daß sie, welche nur die Leidenschaft des Augenblicks erzeugt hat, nicht ihren verwerflichen und verurtheilenden Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben! Lassen Sie von der Stimmung, welche uns in diesen Saal geführt hat, uns auch hinausleiten; trennen wir das Zufällige von dem Bleibenden! Das Zufällige ist der Streit der Parteien, das Bleibende aber die Liebe zum Vaterlande. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Biegler: Nach den Worten des Abg. Lasker hätte ich gern auf das Wort verzichtet. Aber ich bin ein Freund klarer Auseinandersetzung; es bleibt nichts übrig, als auf die Rede des Abg. Lasker einige Worte, wenn auch in besserer Form, zu erwidern. Ich muß gestehen, derartiges ist uns noch niemals, selbst von unseren Feinden, gesagt worden. Wir Norddeutschen und wir Preußen sollen hier mit einem monumentalen Selbstbewußtsein aufgetreten sein, ja wir, die Demokratie in Preußen, soll erst seit 1866 patriotisch geworden sein. Ich frage Frn. Lasker, wie kann er uns gegenüber so etwas behaupten? Und 1866, als eine demokratische Stimme zuerst im Kampfe gegen Oesterreich rief, wo war da der Abg. Lasker? Von seiner Existenz haben wir damals gar nichts gewußt, und er und seine Landesleute sind in Waffen gegen uns gestanden. Es ist mir unbegreiflich, daß der Abg. Lasker in demselben Augenblick, wo unsere Söhne und Brüder in Berlin einmarschieren sollen, einen Ton anschlägt, in welchem er die Kluft zwischen Nord- und Süddeutschland, die für alle Seiten zugebedt sein sollte, hier von Neuem wieder aufreißt. (Widerpruch rechts.) Ich möchte ihn wirklich beinahe bitten, doch ein wenig Mitleid mit uns Preußen zu haben. Wer sind wir denn? Als der große Kurfürst seine Heere nach Warschau und wo weiß wohin warf, da hatten unsere Bauern kaum Eisen für ihre Pflugschaar, da hatten unsere Feinde die große, der den Keil in das saule Fleisch Deutschlands trieb, legte den Grund zu unserer heutigen Vereinigung. Und 1813, ich muß es mit bewegtem Herzen sagen, wer hat uns da am meisten mißhandelt und gegen wen haben wir da gekämpft? Und jetzt in diesem Augenblick kommt der Abg. Lasker und wirft uns Selbstgefühl, monumentales Selbstgefühl vor. (Widerpruch.) Ich muß sagen, es ist mir außerordentlich leid gewesen, daß zu hören; aber ich will mich begnügen, seine Landleute auf ihn aufmerksam gemacht zu haben; vielleicht wird er dann eine andere Instruktion bekommen. — Abg. Lender konstatiert, daß die Stimmung in Süddeutschland in der hier vorliegenden Frage getheilt sei. — Abg. Lasker: Ich habe mit keiner Silbe gesagt, daß irgend wer in diesem Hause Verdächtigungen ausgesprochen; ich habe nur von Preußen gesprochen und dabei die äußerste Linke und liberale Presse in Baden ausdrücklich genannt. Gegen die Mission und Größe Preußens habe ich kein Wort gesagt und niemals anders gedacht oder anders gesprochen. Ich habe, bevor die badische Regierung die Initiative dazu ergriff, von ihr die Einführung der preussischen Heeresorganisation verlangt und ihre nationale Politik immer nur unterstützt. — Abg. Friedenthal: Ich kann dokumentieren, daß das Gefühl, daß man einen großen Akt der Dankbarkeit dem kaiserlichen Feldherrn schulde, die Gemüther aller Commissionsmitglieder befeuerte und daß wesentlich über die Form des Alles es waren, die eine Verschiedenheit der Meinungen herbeiführte. Es war aber nicht eine Dissonanz in dem patriotischen Gefühl. Ich als Preuze kann nur konstatieren, daß ich nicht das Gefühl gehabt habe, daß irgend ein Redner hier die preussischen Traditionen und Empfindungen habe verlegen wollen, daß überhaupt Mißverständnisse obgewaltet haben und ich möchte nicht, daß wir unter dem Eindruck dieser Mißverständnisse auseinandergehen. Also bitte ich Sie Alle, diese Dissonanzen zu vergessen. Mögen Sie in der Sache stimmen, wie Sie wollen, für mich sind wir darin einig, daß die ganze Versammlung vom patriotischen Dante gegen die Arme, gegen ihre Führer und vor allen Dingen gegen den kaiserlichen Feldherrn erfüllt sind. (Beifall.) — Hierauf wird mit derselben großen Majorität die Dotationsvorlage angenommen.

Zu dem Berichte über den Bau eines provisorischen Parlamentsgebäudes stellt die Commission den Antrag, für die Herbstsession das Herrenhaus, durch Anbau vergrößert, zur Verfügung des Reichstags gestellt zu erhalten. — Fürst Bismarck: Es ist das allerdingenshste Bedürfnis, daß der Reichstag, wenn er im Herbst zurückkehrt, ein bequemeres Unterkommen bereits vorfindet. Das in der Commission zuerst diskutirte definitive Provisorium würde uns immer in die Lage bringen, für diesen Herbst irgend ein Provisorium zu suchen. (Weiterkeit.) Ich würde es daher am besten finden, wenn der Reichstag sich dazu entschließen könnte, den Commissionsantrag anzunehmen und sich für einen provisorischen Neubau entschiebe. Es wird meine Aufgabe sein, bei den preussischen Behörden dahin zu wirken, daß mit möglicher Beschleunigung das Total der Porzellanmanufaktur geräumt werde. — Hier auf wird der Antrag der Commission einstimmig genehmigt.

Nach den gebräuchlichen Schlußreden des Alterspräsidenten und des Präsidenten wird die Sitzung geschlossen.

Deutschland.

* Berlin, 15. Juni. Die Dotationen sind vom Reichstage bewilligt und zwar mit sehr großer Majorität. Wir müssen aber dabei noch nachträglich konstatieren, daß die Abgeordneten der liberalen Parteien, welche für die Vorlage gestimmt haben, sich bei keinem andern Votum in geringerer Uebereinstimmung mit der Partei im Lande befunden haben als bei dieser Abstimmung. Die gesammte liberale Presse, die uns zugänglich ist, erklärt sich einmüthig gegen die Bewilligung von Dotationen in dieser Höhe und in dieser Form. Die „Stg. für Norddeutschland“ in Hannover, das Organ Bennigsens und der gemäßigten National-liberalen Hannover z. B. macht ganz entschiedenen Front gegen die Dotationen, ebenso wie die „Schlesische Stg.“, welche in Breslau die am weitesten nach Rechts stehende Gruppe der Nationalliberalen vertritt. Letzteres Blatt polemisiert mit allem Recht gegen die Kaiserrede des Fürsten Bismarck. Wenn wir, heißt es da, kalten Blutes den Dingen gegenüberstehen, muß uns ein solches Vorgehen bedenklich erscheinen. Das monarchisch-constitutionelle Prinzip zwingt uns, die erhabene Person des Souverains aus der parlamentarischen Diskussion fern zu halten. Wie der Monarch über jeden Tadel erhaben ist,

so steht er über jedem Lobe, und was nach der einen Seite nicht gestattet ist, das ist auch nach der andern nicht zulässig. Zur Begründung von Gesetzen vorlag es bedarf es objectiver Gründe; der Hinweis auf ein Verlangen des Reichstags darf für den repräsentativen Factor der Gesetzgebung nicht bestimmend sein. Fürst Bismarck aber hat für die gewichtige Vorlage kaum ein anderes Moment zur Geltung gebracht. Er ging dabei sogar, wenn unser Bericht genau ist, so weit, die Worte zu gebrauchen: „Belohnungen, wie sie hier der Kaiser verleihen zu dürfen von Ihnen erbittet.“ Damit war für den größten Theil der Abgeordneten der Weg objectiver Prüfung abgeschnitten, und ein Riß in unser parlamentarisches System gebracht, der so leicht nicht vernarben wird. Was sollte aus der Monarchie werden, wenn einmal unter anderen Constitution sich eine ähnliche Freiheit herausnehmen wollten? Mehr noch als der von Bismarck eingeschlagene Weg übertraf uns das Plaidoyer Laskers. So ehrenwerth uns der patriotische Sinn des Hsuptes der Nationalliberalen erscheint, so unhaltbar erscheinen uns die Gründe, mit denen er sich von vornherein auf die Seite der Vorlage stellte. Am ungünstigsten war unbedingt das — dazu noch irrige — Argument, daß 1866 auch Waldeck für die Bewilligung gestimmt habe. Autoritäten der Vergangenheit dürfen am allerwenigsten für die Entschlüsse des Volksvertreters maßgebend sein. Die Welt bewegt sich unablässig vorwärts; neue Ideen, reifere Anschauungen führen uns jeder neue Tag und vor allem jedes neue weltgeschichtliche Ereigniß zu. Wir fordern darum auch von jedem Abgeordneten, daß er sein Votum stets aus der gegenwärtigen Situation begründe, und würden es tief beklagen, wenn auch nur einer sich sagen wollte: „Ich habe 1866 die Dotationen bewilligt, ich kann sie heute nicht ablehnen.“ Gerade im gegenwärtigen Moment ist es zehnfach geboten, die individuelle Freiheit zu wahren, da sich Niemand der Erkenntniß verschließen kann, daß die großen Ereignisse, deren Zeuge wir waren, auch große Schatten werfen, und daß namentlich der Reichstag sich der moralischen Pflichten nur schwer zu erwehren vermag. Wenn Lasker den Dotationen den Charakter eines „Nationaldanks“ vindicirt, wie er durch die „preussischen Traditionen“ begründet sei, dann möchten wir doch daran erinnern, daß so sichere, dem Volksbewußtsein durchaus entsprechende Griffe, wie sie Friedrich Wilhelm III. nach den Befreiungskriegen that, heute noch nicht möglich sind. Die Verdienste eines Bismarck, Gneisenau, Yorck, Blücher und anderer datiren in eine schwere Unglückszeit zurück und waren weit entscheidender hervorgetreten als die der meisten unserer waderen Corpsführer im letzten Kriege. Unsere Ansicht über kriegerisches Verdienst und preussische Traditionen mögen irrig, diejenigen Laskers die richtigen sein. Dann ist uns unbedingt die Frage gestellt: Warum hat der sonst so regsame Führer der großen nationalliberalen Partei sich die Initiative entreißen lassen? Wenn er die Dotationen durch preussische Traditionen für geboten hielt, wenn er ihnen den Stempel des Nationaldanks auftrug, warum nannte er nicht schon vor Wochen die Männer, denen die Nation sich zu „Ehrengeboten für Verdienste allerhöchster Art“ verpflichtet hält? Warum brachte er nicht selbst den Antrag auf Dotationsbewilligungen? Ein solcher Schritt würde nicht nur das ganze Wesen der Selbstbewilligungen, zu denen sich der Reichstag ohne strenge Prüfung in letzter Stunde noch entschließen muß, geändert, sondern die Stellung des Reichstages selbst zu einer freieren und imposanteren gemacht haben.

An der Abstimmung über das Dotationsgesetz haben von den 382 Mitgliedern des Reichstages überhaupt nur 229 theilgenommen; von diesen haben 175 für, 51 gegen die Vorlage gestimmt und 3 (Merikale) sich der Abstimmung enthalten. Von den 51 Gegnern der Vorlage gehören 29 der Fortschrittspartei an (aus der Prov. Preußen die Abg. Dietert und Franke), 11 dem liberalen Centrum, 6 gehören zu keiner Fraktion, 4 zu den Nationalliberalen (Hendrich aus der bayer. Pfalz und Martin, Weg und v. Wedekind aus Hessen) und 1 zu der lib. Reichspartei (Stadlbauer aus Bayern).

Die verläutelt, kommen morgen auch die Statuten der „Deutschen Kaiserstiftung für Invaliden“ (früher König Wilhelm-Stiftung) zur Veröffentlichung, und zwar mit dem beglücklichen Allerhöchsten Schreiben, welches an den Kronprinzen ergangen ist. Diese Stiftung hat bekanntlich den Zweck, einen Fonds zu sammeln, welcher zur außerordentlichen Unterstützung deutscher Invaliden dienen soll.

Die neu gestiftete Kriegsgedenkmünze wird, wie wir hören, von den heimkehrenden Truppen am Tage des Einzuges bereits getragen werden.

Wie der „B. V. C.“ erzählt, liegt es in der Absicht des preussischen Finanzministeriums, den preussischen Staatsschatz, da die Errichtung einer ähnlichen Institution für das deutsche Reich in Aussicht genommen ist, aufzulösen. Das genannte Blatt hört aus bestimmter Quelle, daß der Finanzminister Camphausen mit der Absicht umgeht, die in demselben befindlichen resp. demselben aus Reichsmitteln zu erstattenden 30 Millionen Thaler zur Parieilösung der 5prozentigen preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1859 zu verwenden, wodurch im Interesse der Unification der Preussischen Staatsschuld die letzte 5prozentige Anleihe aus der Welt geschafft werden würde.

In der heutigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung fand die Neuwahl des Stadtkämmerers (an Stelle des Herrn Hagen) statt und wurde bei 79 gültig abgegebenen Stimmen der bisherige unbesoldete Stadtrath Runge mit 69 Stimmen gewählt; die übrigen Stimmen gesplitteten sich.

Man schreibt der „Kz.-Stg.“ aus Pommern: Es ist uns mitgetheilt, daß am Sonntag Abend an vielen Orten auf Anhöhen Freudenfeuer angezündet werden sollen. Wie hat ganz Deutschland mehr Veranlassung gehabt, von allen Bergen seine Feuer leuchten zu lassen, als an dem Friedens-Dankfeste 1871. Möchte deshalb vom Niemen bis zu den Alpen jeder Berg Zeugniß geben von dem Jubel, welcher das ganze große, einige Deutschland erfüllt.

Der frühere Vertreter der Stadt Berlin (1. Wahlbezirk) im Abgeordnetenhaus, Stadth. Heyl, ist heute früh gestorben; er war bereits im Jahre 1831 Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung.

Am 15. Juni. Der Prinz Georg von Preußen ist heute Vormittag hier eingetroffen.

Die kaiserlich russische Familie begab sich heute zu Wagen nach Lahnstein und Burg Lahmed. (B. T.) Bremen, 15. Juni. Der Einzug des Bremer Bataillons erfolgte heute Vormittag. Eine unabhängige Menschenmenge begrüßte die heimkehrenden Truppen in enthusiastischer Weise. (B. T.)

Oesterreich.

Best, 13. Juni. Der „N. fr. Pr.“ telegraphirt man: Eine für Sonntag bestimmte Volksversammlung, welche die Sympathien der Arbeiter mit den Pariser Communisten aussprechen sollte, wurde verboten. 500 Arbeiter marschirten in Reih und Glied in drohender Haltung durch die Stadt; die Ruhe blieb jedoch erhalten. Dagegen wurden die Arrangements der beabsichtigten Demonstrationen, der aus Wien gekommene Redacteur des „Volkswillen“, Andreas Schen, der Obmann der Schneidergesellen, Beschau, nebst vier andern Mitgliedern des hiesigen Arbeitervereins gestern verhaftet.

Frankreich.

Wir haben bereits mitgetheilt, daß Jules Favre stark an seinen Rückzug in das Privatleben denkt und nur von Thiers noch festgehalten wird. Favre hat es nie recht verstanden, sich mit den Gesandten der fremden Mächte zu stellen. Neuerdings hat er sich vollends mit einem der wenigen Staatsmänner, die es gut mit ihm meinten, mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten, für immer überworfene. Es gab eine „Scene“ in Versailles, wie sie in dem Verlethe der Repräsentanten zweier großer Regierungen nur selten vorkommen pflegt. Favre, schreibt man der „N. fr. Pr.“, machte es Washburne zum Vorwurfe, daß derselbe in brieflichen Verlethe mit Baschal Grouffet diesen (nicht, wie die Blätter erzählen: Mon cher ami, sondern) Citoyen délégué! angeredet und seine Aufschriften mit der ganz nichtsagenden Formel: „Genehigen Sie, Bürger-Delegirter, die Versicherungen meiner Hochachtung“ geschlossen hätte. Washburne ist nicht der Mann, sich eine Lektion über seine internationalen Pflichten geben zu lassen und er hat Favre gehörig bedient. Er sagte ihm wörtlich: „Sollte ich etwa aus Rücksicht auf die Etiquette meine Nationalen im Stich lassen, wie Sie am 18. März die Ihrigen im Stich gelassen haben?“ Jules Favre wendete ein, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Commune nicht anerkannt hätte; nun gerieth Washburne vollends außer Fassung und rief so laut, daß man es im Vorzimmer hörte: „Nicht anerkannt? Lassen Sie sich sagen, Herr Jules Favre, daß die Commune ihren Antritt dem diplomatischen Corps nur notificirt, aber unsere Anerkennung gar nicht verlangt hat, während eine andere Regierung, die Sie recht gut kennen, um die Anerkennung der fremden Cabinette gebettelt hat!“ Seit dieser Unterredung ist Jules Favre gar sanft und süß mit den Gesandten und gewährt ihnen gerne die Auslieferung dieses oder jenes Nationalen, der ohne zu schwere Schuld mit den gefangenen Insurgenten nach Satory geschleppt worden ist. Diese diplomatische Episode ist gewiß die traurigste Partie in der Laufbahn dieses Volks-tribunen — und er muß den langjährigen Ehrgeiz seines Lebens, die auswärtige Politik Frankreichs zu leiten, theuer bezahlen. Dem sonst hochbegabten Manne fehlt für diese Rolle vor Allem die historische Bildung und auch nur die elementare Kenntniß dessen, was jenseits des Rheins oder des Oceans in der Welt vorgeht. Die wenigen Schriftstücke, welche er vom Quai d'Orsay ausbedet, verriethen in noch höherem Grade diese Fehler, als eine ganz verzeihliche und in einer Republik auch bald verzeihende Unkenntniß der diplomatischen Gebräuche. Im mündlichen Verlethe mit den Gesandten wird er seine Advokaten-Rhetorik niemals los; er versteht nicht anzuhören, und ist für alle practischen und technischen Dinge unglaublich schwer von Begriffen.

Die Behörden haben jetzt auch die Hand auf Urbain, eines der blutdürstigsten Mitglieder der Commune, gelegt. Es war derselbe, welcher den Vorschlag machte, für jeden Gefangenen, welchen die Verfaßter erschließen würden, zehn Geiseln mit dem Tode zu bestrafen. Es wahr sehr schwer, ihn zu entdecken, da er seinen Bart abrasirt hatte. Man nahm ihn in einem Hotel, Rue Commines Nr. 2 fest, wo er mit einem Knaben von 7 Jahren lebte, den er als sein Kind ausgab. Er verfuhr nicht, seine Identität zu läugnen. „Ja“, rief er aus, „ich bin Urbain! Ihr seid Sieger! Sehr schön; aber zieht denn Nutzen aus Eurem Siege!“ Urbain war früher Festhüter einer Unterrichtsanstalt zu Paris (Rue Verneuil). Er ist in Combe sur Roireau geboren und erst 33 Jahre alt. — Mit Urbain wurde zu gleicher Zeit die 21 Jahre alte Witwe Veroy, Maitresse desselben, dann eine Schauspielerin, Namens Pauline Ducerf, und eine gewisse Muller aus Tours verhaftet.

Die Prinzessin Matilde, Cousine des Kaisers, will nach Frankreich zurückkommen. Sie ist bei Thiers um die Ermächtigung dazu eingekommen, indem sie zugleich die Versicherung gab, sie werde der Politik vollständig fremd bleiben. Der Prinz Napoleon hat ebenfalls die Absicht, nach Frankreich zurückzukommen. Derselbe wird aber, wenn er dieses thun sollte, wohl verhaftet werden, da man ihn wegen seines Briefes an Jules Favre gerichtlich verfolgen will.

Paris, 14. Juni. Die Mitglieder der Linken der Nationalversammlung haben hier ein Manifest erscheinen lassen, welches 81 Unterschriften zählt. In demselben klagen sie die monarchischen Parteien an, daß dieselben das in Bordeaux geschlossene Uebereinkommen nicht befolgten, welchem zufolge die Erörterung politischer Fragen so lange verschoben werden sollte, bis die Fragen der öffentlichen Wohlfahrt gelöst seien. Das Manifest erwähnt, daß auf dem flachen Lande Petitionen colportirt würden, in welchen die Restauration der alten Regierungsform (ancien régime) und Intervention in den italienischen Angelegenheiten verlangt würde. Diese Agitation für die Bourbonen ermuthigen zu gleicher Zeit die Bonapartisten, welche bereits wieder ihr Haupt erheben. Das Manifest wendet sich an die Wähler, anlässlich der bevorstehenden Ergänzungswahlen, bei welchen die wahre Gesinnung des Landes zu Tage treten müsse. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Republik die einzige Regierungsform sei, welche den Frieden, die Arbeit und die öffentliche Sicherheit verbürge. Am 14. und 15. Arrondissement wurden neuerdings zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. (B. T.) Versailles. Nationalversammlung. Trochu, welcher mit den gestern begonnenen Mittheilungen in der heutigen Sitzung fortfährt, setzt zunächst seinen Plan auseinander, welcher darauf hinausläuft, einen energischen Ausfall zu machen und den Mit-

telpunkt der Operationen nach Rouen zu verlegen. Gambetta habe solches jedoch nicht zugeben wollen. Trochu hebt den Patriotismus Gambetta's lobend hervor, tadelt jedoch seinen Parteigeist und die Illusionen, denen er sich hingeebe, als ob zusammengekaufter Haufen gegen wohlorganisirte Armeen mit Aussicht auf Erfolg zu kämpfen vermöchten. In Folge des Sieges bei Coulmire habe es die öffentliche Meinung leider gefordert, den Plan zu ändern, dessen Gelingen nahe bevorstehend gewesen, und statt dessen Ausfälle über die Marne zu machen. Trochu erinnert sodann an die vergeblichen Anstrengungen, welche er gemacht, um die Deutschen dahin zu bringen, aus ihre Infanterie und nicht die Artillerie allein bloß ins Feuer zu bringen. Trochu spricht sich wegwerfend über die Erfolge des Bombardements aus, er ist der Ansicht, daß in der Schlacht am 18. Januar d. J. die Hälfte der beiderseitigen Todten und Verwundeten aus Furcht oder Unkenntniß von der Hand der Nationalgarde herrührte; zum Schluß hebt Trochu hervor, daß er zuletzt von der Regierung im Stiche gelassen worden sei. Bezüglich des Ursprungs der Insurrection glaubt Redner, daß hierfür vor Allem die Zusammensetzung der Nationalgarde in Betracht komme, unter der sich ca. 25,000 bereits gerichtlich bestrafte Leute und eine große Anzahl von fanatischen Parteigängern befanden, die ihre Parole von außen halb erhalten und die Hauptanstifter der Insurrection waren. — Chanzy, welcher im weiteren Verlauf der Debatte das Wort ergreift, vertheidigt das Verfahren der Regierung der nationalen Vertheidigung zu Tours und Bourdeaux. — Die Kammer genehmigt hierauf den Antrag auf Einsetzung einer Commission zur Untersuchung der Thätigkeit der Regierung der nationalen Vertheidigung.)

Italien.

Florenz, 14. Juni. Deputirtenkammer. Verathung des Gesetzes über die St. Gotthardsbahn. Der Berichterstatter Morbini weist die commercielle Nützlichkeit der Bahn nach, die zugleich das freundschaftliche Band mit Deutschland und der Schweiz enger knüpfen werde; er citirt dabei die Worte, welche seiner Zeit Fürst Bismarck in diesem Sinne ausgesprochen. Nach längerer Debatte wird der Gesetzentwurf mit einem Zusatzartikel angenommen, welcher die Regierung zur Emission einer fünfprozentigen Anleihe beauftragt Zahlung der auf Italien fallenden Quote der Subvention ermächtigt.

Der Minister des Innern hat in einem an den Präfecten erlassenen Circular angeordnet, daß die Gläubigen in den ihnen etwa nöthig scheinenden Demonstrationen zur feierlichen Begehung des 25 jährigen Jubiläums des Papstes nicht beeinträchtigt werden, die Präfecten jedoch die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßregeln ergreifen sollen. — Fürst Hohenlohe ist hier eingetroffen.

Rom, 14. Juni. Mehrere fremdländische Deputationen zum Jubiläum des Papstes sind hier eingetroffen; einige davon sind bereits im Vatikan empfangen, andere werden erwartet. Die Stadt ist vollständig ruhig. (B. T.)

Rumänien.

Die „Post“ widerspricht der Nachricht, daß der Verlethe auf der rumänischen Bahn Galatz-Marasesti in Folge des Sequesters, welchen die rumänische Regierung gegen die Eisenbahn-Concessionäre auf die Betriebseinnahmen legte, eingestellt sei.

Danzig, den 16. Juni.

* Das Gebäude, Langenmarkt No. 6, in welchem das hiesige Commerc- und Admiraltätsgericht sich befindet, gehört der Stadt Danzig und ist, wie dies nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. August 1855 für alle Seitens der Communen dem Justizdienst zur unentgeltlichen Benutzung überwiesenen Gebäude gilt, demselben nur so lange überlassen, bis Seitens des Justizdienstes anderweitig für das Bedürfnis gesorgt ist. Seit diesem Gesetz sind jetzt mehr als 15 Jahre verfloßen und gleichwohl ist hier noch nichts geschehen, um der Stadt eine Last abzunehmen, die ihr nach dem unabweislichen Sinn des erwähnten Gesetzes nur so lange auferlegt werden sollte, als der Justizdienst nicht in der Lage war, sich für das Commerc- und Admiraltätsgericht Räumlichkeiten zu beschaffen. Das derselbe jetzt nach 15 Jahren immer noch nicht im Stande gewesen sein sollte, ein anderes Gebäude für das genannte Gericht zu beschaffen, wird gewiß Niemand behaupten wollen. Wie wir hören, hat der Magistrat neuerdings Schritte gethan, um das bezeichnete Haus wieder zur Disposition der Commune zu erhalten; aber bisher nicht mit Erfolg. Das Appellationsgericht zu Marienwerder soll der Ansicht sein, daß zur Zeit noch kein Grund vorliege, der Stadt das betr. Gebäude zur Benutzung zurückzugeben, sondern daß man die Angelegenheit bis zur anderweitigen Justizorganisation, welche über kurz oder lang zu erwarten stehe, vertragen könne. Voransichtlich wird der Magistrat die Sache mit der Antwort des Appell.-Gerichts nicht als erledigt ansehen. Es liegt in der That kein Grund vor, daß die Stadt noch länger als 15 Jahre zu Gunsten des Justizdienstes auf die Benutzung des Hauses Langenmarkt No. 6 ohne zwingenden Grund verzichte. Es wäre nicht gerechtfertigt, den Etat der Commune, welche ohnehin große Ausgaben für ihre eigenen Zwecke zu machen hat, länger mit Ausgaben zu belasten, welche in den Justiz-Etat des Staats aufzunehmen sind.

* Zu Ehren des aus Frankreich zurückgekehrten 4. Ostpreuss. Grenadier-Regiments Nr. 5 wird nächsten Montag, 19. Juni, auf der Wiese zu Sächsenthal eine Festfeier veranstaltet, wobei die von den städtischen Behörden zu diesem Zweck bewilligten Mittel Verwendung finden sollen. Nach dem vom Festcomité beschlossenen Programme wird außer der Bewirthung der Mannschaften ein vom dem Musikkorps des Regiments ausgeführtes Concert stattfinden, welchem später Tanzbelustigung auf mehreren dazu hergerichteten Plätzen und um 9 Uhr großer Bapfenfest folgt; den Schluß macht ein brillantes Feuerwerk. Es würde zur Erhöhung des Festes beitragen, wenn das Publikum durch recht zahlreiche Theilnahme an demselben Zeugniß von den lebhaften Sympathien gäbe, welche in der Bürgerschaft für unsere braven Truppen bestehen.

* Nächsten Mittwoch, 21. Juni, trifft bekanntlich unser 1. Leibhusaren-Regiment No. 1 in 3 Abtheilungen hier ein und zwar, wie bereits mitgetheilt, um 5 Uhr Nachmittags, 10 Uhr Abends und 2 Uhr Nachts. Der Magistrat hat beschlossen, am Abende des 21. den rückkehrenden Truppen zu

